

**Besondere Vertragsbedingungen für die Durchführung von Schülerbeförderungen im
Auftrag des Schulverwaltungsamtes der Stadt Bochum**

Inhaltsverzeichnis

1. Allgemeine Vertragsbedingungen

- 1.1 Vertragsdauer
- 1.2 Vertragsänderungen
- 1.3 Kündigung und Schadensersatz

2. Anforderungen an das Unternehmen

- 2.1 Allgemeine Leistungspflichten des Auftragsnehmers
- 2.2 Sicherstellungen des Fahrdienstes
- 2.3 Einsatz von Subunternehmen
- 2.4. Sorgfaltspflicht und Haftung

3. Anforderungen an die Fahrzeuge

- 3.1 Technische Anforderungen
- 3.2 Kennzeichen der Fahrzeuge

4. Personal und Verwaltungsvorschriften

- 4.1 Anforderungen an das Personal/Fahrerlaubnis
- 4.2 Führungszeugnis
- 4.3 Kommunikation
- 4.4 Leistungssicherung
- 4.5 Zusätzliche Verpflichtungen

5. Vertraulichkeit und Datenschutz

6. Haltestellen

- 6.1 Haltepunkte
- 6.2 Sicherheit

7. Fahrpreis

8. Ausfall der Beförderung

- 8.1 Berechnung der Ausfallzeiten
- 8.2 Ausfallmeldung

9. Überprüfungen

- 9.1 Kontrollen
- 9.2 Mängelbeseitigung

10. Verhalten bei Unfällen

11. Haftung

- 11.1 Auftragnehmer
- 11.2 Zession
- 11.3 Rechtsstreitigkeiten

12. Kalkulation

- 12.1 Preise
- 12.2 Rechnungsstellung

13. Schlussbestimmungen

- 13.1 Salvatorische Klausel
- 13.2 Sonstiges

1. Allgemeine Vertragsbedingungen

1.1 Vertragsdauer

- 1.1.1 Beginn und Ende der Leistung richten sich nach den getroffenen Vereinbarungen. Der Vertrag wird für die Dauer eines Schuljahres abgeschlossen. Das Recht auf außerordentliche Kündigung nach dem BGB bleibt unberührt.
- 1.1.2 Das Vertragsverhältnis endet darüber hinaus, ohne dass es einer Kündigung bedürfte, wenn das Schulverwaltungsamt aus gesetzlichen Gründen als Kostenträger ausscheidet, die Beförderung eingestellt wird oder der Leistungsumfang sich in größerem Maße verändern sollte. Dies gilt auch, wenn der Unternehmer der notwendigen Gestellung eines größeren Fahrzeuges infolge Zunahme der Anzahl der zu befördernden Schülerinnen und Schüler nicht nachkommen kann.
- 1.1.3 Als Zeitpunkt der Beendigung des Vertrages gilt der Eintritt der Änderung der Sach- und Rechtslage.

1.2 Vertragsänderungen

Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform. Keine Partei kann sich auf eine vom Vertrag abweichende tatsächliche Änderung berufen, solange die Abweichung nicht schriftlich fixiert ist.

1.3 Kündigung und Schadensersatz

- 1.3.1 Der Auftraggeber kann fristlos kündigen, wenn wichtige Gründe vorliegen. Wichtige Gründe sind sämtliche schwerwiegende Verstöße gegen die nachfolgenden Vertragsbestimmungen, bei denen es dem Auftraggeber nicht zuzumuten ist, das Vertragsverhältnis weiterhin fortzusetzen.

Beispielhaft kann dies unter anderem sein, wenn

- der Auftragnehmer Fahrten in mehreren Fällen verspätet oder überhaupt nicht ausführt und dem Auftraggeber nicht glaubhaft machen kann, dass die Verspätung oder die Nichtausführung nicht auf seinem Verschulden beruht,
- Fahrzeuge für die Schülerbeförderung eingesetzt werden, die nicht über eine grüne Plakette verfügen
- der Auftragnehmer für die Schülerbeförderung ungeeignetes Personal einsetzt
- die eingesetzten Fahrzeuge des Auftragnehmers unter Berücksichtigung aller gesetzlichen Regelungen in einem technisch nicht einwandfreien Zustand sind bzw. eventuelle erhebliche Mängel nicht unverzüglich beseitigt werden

- 1.3.2 Der Auftraggeber ist berechtigt, den Beförderungsvertrag fristlos zu kündigen, wenn die notwendige Beförderung der vom Auftraggeber im Fahrplan aufgeführten Schülerinnen und Schüler entfällt, weil sie die Schule verlassen haben, umgezogen oder verstorben sind, oder einer anderen bereits bestehenden Fahrlinie zugeordnet werden können.
- 1.3.3 Außerdem ist der Auftraggeber berechtigt, den Beförderungsvertrag fristlos zu kündigen, wenn sich der Leistungsumfang/die Tageskilometerleistung um mehr als 20

% verändert hat und ein Einvernehmen über eine Preisanpassung nicht erreicht werden kann.

- 1.3.4 Der Auftraggeber behält sich im Falle einer fristlosen Kündigung vor, den Auftragnehmer zu verpflichten, alle Fahrten bis zur Neuvergabe der jeweiligen Leistung ordnungsgemäß durchzuführen.
- 1.3.5 Die Kündigung bedarf der Schriftform.
- 1.3.6 Unbeschadet seines Rechtes auf fristlose Kündigung kann der Auftraggeber bei Vertragsverstößen wie entfallende oder erheblich verspätete Beförderungsleistung die durch den Auftragnehmer zu vertreten ist, die Nichtgestellung einer Begleitperson sofern die Gestellung vertraglich vereinbart ist, Einsatz von Fahrzeugen die in keinem technisch einwandfreien Zustand sind bzw. nicht über eine grüne Plakette verfügen, die Zahlung einer Vertragsstrafe verlangen. Dabei darf die Summe aller Vertragsstrafen 5% des Auftragsvolumens (ohne Mehrwertsteuer) nicht übersteigen. Je Verstoß kann der Auftraggeber maximal eine Vertragsstrafe in Höhe von 0,2 % des Auftragsvolumens (ohne Mehrwertsteuer) verlangen.
- 1.3.7 Wenn der Auftragnehmer die sich aus diesem Vertrag ergebenden Pflichten schuldhaft verletzt, muss er den dadurch entstehenden Schaden ersetzen. Für Verschulden der Fahrer oder der sonstigen Bediensteten des Unternehmers sowie der beauftragten Subunternehmer und deren Bediensteten haftet der Auftragnehmer wie für sein eigenes Verschulden.
- 1.3.8 Die Regelung nach Punkt 2.3 bleibt unberührt.

2. Anforderung an das Unternehmen

2.1. Allgemeine Leistungspflichten des Auftragnehmers

- 2.1.1 Die Beförderungsleistungen sind ausschließlich von Unternehmen durchzuführen, die im Besitz einer gültigen Genehmigung zur gewerbsmäßigen Personenbeförderung gemäß Personenbeförderungsgesetz (PeBfG) sind. Der Auftragnehmer erbringt die Leistung in eigener Verantwortung. Er verpflichtet sich, die zur Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Leistungserbringung notwendigen, technischen und organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen sowie die technischen und gesetzlichen Vorschriften einzuhalten. Er verpflichtet sich weiterhin, die zur Leistungserbringung erforderlichen öffentlich-rechtlichen Genehmigungen bei den zuständigen Behörden einzuholen und über die Dauer der Leistungserbringung aufrecht zu erhalten. Dem Auftragnehmer obliegt die Verkehrssicherungspflicht für alle im Zusammenhang mit der Leistungserbringung stehenden Tätigkeiten.
- 2.1.2 Der Auftragnehmer stellt die erforderlichen Arbeitskräfte. Er verpflichtet sich, ausschließlich zuverlässiges und geeignetes Personal für die Leistungsdurchführung einzusetzen. Arbeitskräfte, die diesen Anforderungen nicht entsprechen, sind auf Verlangen des Auftraggebers abzulösen. Der Auftraggeber ist berechtigt, das Personal auf Zuverlässigkeit und Eignung zu prüfen.
- 2.1.3 Da Verzögerungen bei den Fahrten zu anderen Lernorten (Sportstätten, Bädern, etc.) nicht immer ausgeschlossen werden können, ist der Auftragnehmer verpflichtet, eine angemessene Zeit an den jeweiligen An- und Abfahrtsorten zu warten.
- 2.1.4 Der Unternehmer stellt sicher, dass alle nach dem einschlägigen gesetzlichen Vorschriften geforderten Versicherungen abgeschlossen sind und hinsichtlich der Prämienzahlung ein Rückstand nicht besteht und nicht bestehen wird. Der Versicherungsnachweis kann vom Schulverwaltungsamt jederzeit verlangt werden.
- 2.1.5 Es ist sicherzustellen, dass alle zu befördernden Personen während der Fahrt durch geeignete und zugelassene Personenrückhaltesysteme während der Fahrt gesichert werden. Sollte die Benutzung von geeigneten Kinderrückhaltesystemen entsprechend § 21 Absatz 1 a Straßenverkehrsordnung (STVO) erforderlich sein, sind diese vom Auftragnehmer zu stellen und gegebenenfalls auch von Ihm auf eigene Kosten zu beschaffen.

2.2 Sicherstellung des Fahrdienstes

- 2.2.1 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, dafür zu sorgen, dass die Fahrdienste durch Krankheit, Urlaub oder andere Personalausfälle nicht nachteilig beeinflusst werden. Bei Fahrzeugausfall ist der Auftragnehmer verpflichtet, ein geeignetes und mindestens gleichwertiges Ersatzfahrzeug zu stellen.
- 2.2.2 Der Unternehmer hat dafür Sorge zu tragen, dass die Fahrer § 9 der Verordnung über den Betrieb von Kraftfahrunternehmen im Personenverkehr (BOKraft) einhalten.
- 2.2.3 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, seine mit der Schülerbeförderung betrauten Fahrzeugführer vierteljährlich über die sich aus diesem Vertrag ergebenden Pflichten zu belehren.

- 2.2.4 Die Beförderungsleistungen sind ausschließlich durch Auftragnehmer, die im Besitz einer gültigen Genehmigung zur gewerbsmäßigen Personenbeförderung gemäß Personenbeförderungsgesetz (PeBfG) sind, durchzuführen.

Der Auftraggeber ist unverzüglich zu unterrichten, falls aus den in § 2 PeBfG genannten Gründen die Neuerteilung einer Genehmigung notwendig ist.

2.3 Einsatz von Subunternehmern

- 2.3.1 Sofern der Auftragnehmer aus zwingenden Gründen im Einzelfall gehindert ist, eigene Fahrzeuge einzusetzen, darf er die in seinem Angebot aufgeführten Subunternehmen beauftragen. Jede Beauftragung eines weiteren Subunternehmers bedarf im Einzelfall der Genehmigung des Auftraggebers, dabei ist die ständige Beauftragung unzulässig. Die Beauftragung eines derartigen weiteren Subunternehmens ohne die vorherige Genehmigung des Auftraggebers wird als schwerwiegender Verstoß gegen die Vertragsbestimmungen gewertet und kann zur fristlosen Kündigung des Vertragsverhältnisses führen.
- 2.3.2 Der Subunternehmer hat die sich aus diesem Vertrag ergebenden Pflichten in gleicher Weise zu beachten wie der Auftragnehmer. Er kann jedoch aus seiner Beauftragung keine Rechte gegen den Auftraggeber herleiten; vertragliche Beziehungen zwischen ihm und dem Auftraggeber werden nicht begründet. Die Vergütung für die vom Subunternehmer erbrachte Fahrleistung erhält der vom Auftraggeber beauftragte Auftragnehmer, der sie auch in Rechnung zu stellen hat.

2.4. Sorgfaltspflichten und Haftung

- 2.4.1. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, eine Betriebshaftpflichtversicherung mit einer Versicherungssumme von mindestens 1.000.000 EUR je Schadensfall für Personen- und Sachschäden abzuschließen, über die gesamte Vertragslaufzeit aufrecht zu erhalten und dies dem Auftraggeber auf Verlangen nachzuweisen.
- 2.4.2. Der Auftragnehmer haftet für alle Schäden, die durch ihn oder seine Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter oder die von ihm eingesetzten Unterauftragnehmer und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Ausführung der Leistung verursacht worden sind. Von der Haftung wird er –außer bei Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit eines Menschen – nur befreit, wenn er den Nachweis dafür erbringen kann, dass die Schäden von ihm oder seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht schuldhaft verursacht worden sind.
- 2.4.3. Der Auftragnehmer stellt den Auftraggeber von Ersatzansprüchen frei, die gegen den Auftraggeber aufgrund des Verhaltens des Auftragnehmers und seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich Erfüllungsgehilfen oder aufgrund der vom Auftragnehmer oder seinen Beschäftigten einschließlich Erfüllungsgehilfen betriebenen oder geführten Fahrzeugen erhoben werden, sofern eine Haftungsverpflichtung für den Auftragnehmer gegenüber den oberen genannten Dritten besteht und soweit der Schaden nicht durch vom Auftraggeber zu vertretenden Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit entstanden ist oder aus Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit eines Menschen. Der Auftraggeber verpflichtet sich in diesem Fall, den Auftragnehmer rechtzeitig vor der Einleitung eines entsprechenden Verfahrens gegen ihn zu unterrichten und in Abstimmung mit dem Auftragnehmer die zulässigen Rechtsmittel in den jeweiligen Verfahren auszuschöpfen. Die dadurch bedingten notwendigen Kosten trägt der Auftragnehmer.

- 2.4.4. Der Auftragnehmer wird den Auftraggeber unverzüglich davon informieren, wenn er Kenntnis von Schadensfällen hat, die durch seine vertragliche geschuldeten Leistungen entstanden sein sollen. Für sämtliche Schäden aus einer verzögerten, unzutreffenden oder nicht ausreichenden Unterrichtung des Auftraggebers über Störungen oder Unterbrechungen der Beförderungsleistungen nach diesem Vertrag haftet der Auftragnehmer auch hinsichtlich der Folgeschäden unbeschränkt. Im Schadensfall obliegt dem Auftragnehmer der Nachweis der rechtzeitigen, zutreffenden und vollständigen Unterrichtung des Auftraggebers.
- 2.4.5. Der Auftraggeber ist berechtigt, mit den ihm entstehenden Forderungen durch einfache Erklärung nach § 387 BGB gegen Forderungen des Auftragnehmers aufzurechnen.

3. Anforderungen an die Fahrzeuge

3.1 Technische Anforderungen

- 3.1.1 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die für die Schülerbeförderung eingesetzten Fahrzeuge entsprechend den gesetzlichen Vorschriften mindestens einer jährlichen Hauptuntersuchung zu unterziehen, festgestellte Mängel kurzfristig abzustellen und die Einhaltung der einjährigen Untersuchungspflicht dem Auftraggeber auf dessen Wunsch nachzuweisen.
- 3.1.2 Die für die Schülerbeförderung eingesetzten Kraftfahrzeuge müssen ständig den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen entsprechen. Auf Verlangen des Auftraggebers hat der Auftragnehmer die für die Schülerbeförderung eingesetzten Fahrzeuge einer amtlich anerkannten Überwachungsorganisation, die berechtigt ist, die entsprechenden Abnahmen durchzuführen, vorzuführen und das Prüfungsergebnis dem Auftraggeber vorzulegen.
- 3.1.3 Der Unternehmer ist verpflichtet, für die Beförderung die erforderlichen Fahrzeuge einzusetzen. Bei der Bereitstellung der auftragsgemäßen Anzahl der Plätze ist § 34 a Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung (StVZO) zu beachten.
- 3.1.4 Es sind ausschließlich Fahrzeuge mit dem Mindeststandard der Schadstoffgruppe 4 (grüne Plakette) einzusetzen. Der Auftraggeber behält sich vor, dies bei Bedarf durch Vorlage von Nachweisen und/oder der Durchführung von Kontrollen zu überprüfen. Bisherige Regelungen zu bestehenden Verträgen bleiben davon unberührt.
- 3.1.5 In den Wintermonaten sind die eingesetzten Fahrzeuge mit denen für die jeweiligen Witterungsverhältnisse angemessenen Reifen auszustatten, § 2 Absatz 3a StVO ist zu beachten.

3.2 Kennzeichnung der Fahrzeuge

- 3.2.1 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die für die Schülerbeförderung eingesetzten Fahrzeuge sichtbar mit der Firmenbezeichnung und Anschrift des Unternehmens zu kennzeichnen.
- 3.2.2 Kraftomnibusse müssen an Stirn- und Rückseite mit den nach § 33 Abs. 4 BO-Kraft vorgeschriebenen Schulbusschildern gekennzeichnet sein. Kraftfahrzeuge, die nach Bauart und Einrichtung zur Beförderung von Personen bestimmt und mit 6 – 8 Fahrgastplätzen ausgerüstet sind (Kleinbusse), müssen mindestens an der Rückseite mit den vorgeschriebenen Schulbusschildern gekennzeichnet sein. Die Wirkung der Schilder darf durch andere Aufschrift oder Bildzeichen nicht beeinträchtigt werden.

4. Personal und Verwaltungsvorschriften

4.1 Anforderungen an das Personal/Fahrerlaubnis

- 4.1.1 Der Unternehmer setzt als Fahrpersonal nur solche Personen ein, die eine gültige Fahrerlaubnis zur Fahrgastbeförderung nach § 48 Fahrerlaubnisverordnung (FeV) besitzt. Auf die genannte Fahrerlaubnis kann verzichtet werden, sofern das Fahrpersonal im Besitz der Führerscheinklasse D oder D1 ist.

Es genügt die Fahrerlaubnis zur Fahrgastbeförderung für Mietwagen, beschränkt auf die Beförderung im Schülerspezialverkehr oder zur Beförderung von Behinderten.

4.2 Führungszeugnis

- 4.2.1 Der Auftragnehmer stellt die erforderlichen Arbeitskräfte. Er verpflichtet sich, ausschließlich zuverlässiges und geeignetes Personal für die Leistungsdurchführung einzusetzen. Der Auftragnehmer beschäftigt keine Person, die rechtskräftig wegen einer Straftat nach den §§ 171, 174 bis 180, 180a, 181a, 182, 183 bis 184f, 225, 232 bis 233a, 234, 235 oder 236 Strafgesetzbuch (StGB) verurteilt worden ist.
- 4.2.2 Zu diesem Zweck lässt er sich von seinen im Fahrdienst zu den Schulen eingesetzten Beschäftigten (Fahrer und Begleitpersonen) vor Beginn der Tätigkeit ein erweitertes Führungszeugnis gemäß § 30a Bundeszentralregistergesetz (BZRG) vorlegen, dass nicht älter als 3 Jahre alt ist. Auf Verlangen ist dem Auftraggeber das Vorliegen eines für den Einsatz im Fahrdienst bedenkenlosen Führungszeugnisses zu bestätigen.

4.3 Kommunikation

- 4.3.1 Sowohl die mündliche als auch die schriftliche Kommunikation zwischen allen Beteiligten muss in deutscher Sprache erfolgen.
- 4.3.2 Soweit es sich bei dem eingesetzten Personal (Fahrpersonal- und Begleitperson) des Auftragnehmers um Personen ausländischer Nationalität handelt, müssen ihre Kenntnisse der deutschen Sprache für die Erfüllung der Aufgaben ausreichen, um eine einwandfreie Verständigung in deutscher Sprache zu gewährleisten.

4.4 Leistungssicherung

- 4.4.1 Der Auftragnehmer hat durch organisatorische Maßnahmen (Bestellung von Ersatzkräften/ Anordnung von Überstunden) sicherzustellen, dass durch Personalausfälle infolge Krankheit, Urlaub usw. die Leistungsdurchführung nicht beeinträchtigt wird.
- 4.4.2 Der Auftraggeber ist jederzeit berechtigt, das Personal auf Zuverlässigkeit und Eignung zu überprüfen. Ob die Qualifikationen der eingesetzten Fahrer und Begleitpersonen ausreichen, entscheidet im Zweifelsfall der Auftraggeber und sind auf dessen Verlangen abzulösen.
- 4.4.3. Der Unternehmer muss sicherstellen, dass das von ihm eingesetzte Personal ein striktes Rauchverbot in den Fahrzeugen einhält. Dies gilt insbesondere während und unmittelbar vor und nach den Beförderungen.

4.5. zusätzliche Verpflichtungen

Der Auftragnehmer verpflichtet sich weiterhin,

- das Gesetz zur Bekämpfung von Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung (in der jeweils geltenden Fassung) zu beachten.
- Arbeitsverträge auch bei geringfügig Beschäftigten schriftlich abzuschließen.
- ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nur mit gültigen Arbeitsgenehmigungen zu beschäftigen; auf Verlangen des Auftraggebers ist dies nachzuweisen.
- seinen gesetzlichen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen nachzukommen.
- auf Anforderung die Genehmigung zur gewerblichen Personenbeförderung gemäß PeBfG nachzuweisen
- den Auftraggeber unverzüglich zu unterrichten, falls er nicht mehr Unternehmer im Sinne der §§ 46 ff. PeBfG ist bzw., falls aus den in § 2 PeBfG genannten Gründen die Neuerteilung einer Genehmigung notwendig ist.

5. Vertraulichkeit und Datenschutz

- 5.1 Der Auftragnehmer und das von ihm eingesetzte Personal ist zur Verschwiegenheit über alle personenbezogenen Daten der Schülerinnen und Schüler verpflichtet, es sei denn, die Weitergabe der Daten ist zur Durchsetzung von Rechten im Zusammenhang mit diesem Vertrag erforderlich. Diese Pflicht dauert fort, auch wenn die geschäftliche Zusammenarbeit zwischen den Vertragspartnern beendet ist.
- 5.2 Das vom Auftragnehmer eingesetzte Personal ist auf die Einhaltung der geltenden gesetzlichen Bestimmungen zur Einhaltung der Schweigepflicht (u. a. § 203 StGB und Bundesdatenschutzgesetz) zu verpflichten.
- 5.3 Der Auftragnehmer haftet bei Verstößen gegenüber dem Auftraggeber. Der Auftraggeber kann den Vertrag aus wichtigem Grund fristlos kündigen, wenn der Auftragnehmer seiner Pflicht nach Ziffer 5.1 Satz 1 nicht nachkommt.

Verstöße gegen die Pflichten aus Ziffer 5.1 Satz 2 berechtigen zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund nur dann, wenn der Auftragnehmer auch nach schriftlicher Aufforderung innerhalb einer zu setzenden angemessenen Frist die Verpflichtung nicht vollständig erfüllt. Bei eventuellen Schadensersatzansprüchen von Betroffenen auf Grund der Verletzung von Datenschutzvorschriften kann der Auftraggeber den Auftragnehmer in Regress nehmen.

6. Haltestellen

6.1 Haltepunkte

- 6.1.1 Die für die Schülerbeförderung eingesetzten Kraftfahrzeuge dürfen nur an den vom Auftraggeber festgelegten Haltestellen halten. Bei eventuellen Abweichungen hiervon ist der Auftraggeber unverzüglich vom Auftragnehmer zu unterrichten.
- 6.1.2 Die Fahrpläne sind in der festgelegten Fahrstrecke und in den Zeiten einzuhalten. Es ist stets die für die Schülerinnen und Schüler zeitlich günstigste, d. h. in der Regel die schnellste Fahrstrecke zu wählen.
- 6.1.3 Der Auftragnehmer ist verpflichtet auf entsprechende Änderungen des Fahrplanes flexibel zu reagieren (zusätzliche Beförderungen einzelner Schüler, Stundenplanänderungen der jeweiligen Schule, etc.), so dass es zu keinerlei Beeinträchtigungen für die Schülerbeförderung kommt.

6.2 Sicherheit

- 6.2.1 Der Fahrzeugführer hat das Ein- und Aussteigen an den Haltestellen zu beobachten. Er hat sich davon zu überzeugen, dass vor der Weiterfahrt die Schülerinnen und Schüler ihre Plätze eingenommen haben und die Türen der Schulbusse ordnungsgemäß geschlossen sind. Das Öffnen und Schließen der Türen wird ausschließlich vom Fahrer ausgeführt.
- 6.2.2 Solange Schülerinnen und Schüler ein- oder aussteigen, muss die Warnblinkanlage eingeschaltet sein.

7. Fahrpreis

- 7.1 Die vereinbarten Preise gelten jeweils für ein Schuljahr. Darin sind Mehr- oder Minderleistungen bis zu 20 Prozent enthalten. Für das Schuljahr 2026/27 beginnt das Schuljahr am 01. September 2026 und endet am 31. Juli 2027.
- 7.2 Bei wesentlichen Änderungen des Preisgefüges sind neue Preisvereinbarungen dann angezeigt, wenn sich die Gesamtkosten des öffentlichen Verkehrswesens um mehr als 20 Prozent während der Vertragsdauer (ein Schuljahr) erhöht haben. Richtungsweisend sind die Indexziffern des Statistischen Bundesamtes (Verbraucherpreisindex – Verkehr 07-).
- 7.3.1 Im Falle einer Vertragsverlängerung kann der Auftragnehmer nach Ablauf des ersten Vertragsjahres eine Anpassung des Fahrpreises beantragen. Entsprechend der Ziffer 7.1 hat der Unternehmer mit Wirkung für die Zukunft Anspruch auf eine Preisangleichung, entsprechend der Indexziffer des Statistischen Bundesamtes (Verbraucherpreisindex – Verkehr 07 -). Es wird die durchschnittliche prozentuale Änderung des Indexstandes aus dem vorangegangenen Schuljahr berücksichtigt.
- 7.3.2 Die Preisangleichung muss durch den Unternehmer binnen vier Wochen nach Beendigung des Schuljahres schriftlich geltend gemacht werden. Eine Geltendmachung der Preisangleichung zu einem späteren Zeitpunkt ist ausgeschlossen. Dies gilt auch mit Wirkung auf die Zukunft.

8. Ausfall der Beförderung

8.1 Berechnung der Ausfallzeiten

- 8.1.1 Für die Berechnung von Ausfalltagen gilt in Bezug auf die Fristen für die Ausfallmeldung folgende Regelung:

bis zum fünften Tag vor dem Beförderungstag – keine Berechnung,
am vierten und dritten Tag vor dem Beförderungstag – 50 Prozent Berechnung,
am zweiten und ersten Tag vor dem Beförderungstag – 100 Prozent Berechnung.

8.2. Ausfallmeldung

- 8.2.1 Der Unternehmer ist verpflichtet, dem Schulverwaltungsamt unverzüglich mitzuteilen, dass eine Beförderung nicht durchgeführt werden konnte, weil die zu befördernden Schülerinnen und Schüler nicht erschienen sind. Verletzt der Unternehmer die Mitteilungspflicht, so entfällt auch ohne vorherige Abbestellung ein Anspruch auf Zahlung des Beförderungsentgeltes.
- 8.2.2 Die Ausfallmeldungen erfolgen telefonisch, per E-Mail oder per Fax durch die Schule oder das Schulverwaltungsamt.

9. Überprüfungen

9.1 Kontrollen

Der Auftragnehmer hat Kontrollen der für die Schülerbeförderung eingesetzten Fahrzeuge durch Dienstkräfte des Auftraggebers zu dulden, wenn sich diese als Beauftragte des Auftraggebers ausweisen (Dienstausweis). In diesem Sinne ist der Auftraggeber berechtigt, den Schulbusverkehr einschließlich des Zustandes und der Ausrüstung der Kraftfahrzeuge zu überprüfen oder überprüfen zu lassen. Der Auftragnehmer hat seine für den Schülertransport eingesetzten Fahrzeugführer über diese Regelung zu informieren und anzuordnen, dass sie alle in diesem Zusammenhang erteilten Weisungen der Bediensteten des Auftraggebers zu befolgen haben und die für die Fahrzeugkontrolle für notwendig erachteten Maßnahmen nicht behindern.

9.2 Mängelbeseitigung

Werden bei vorgeschriebenen Untersuchungen im Sinne von § 29 StVZO sowie §§ 41 und 42 BO-Kraft, bei polizeilichen Kontrollen oder bei Überprüfungen durch die zuständige Behörde Mängel festgestellt, hat der Unternehmer diese unverzüglich zu beseitigen. Gleiches gilt für die von Bediensteten des Auftraggebers festgestellten Mängel.

10. Verhalten bei Unfällen

Unfälle, an denen Fahrzeuge bzw. Fahrer des Auftragnehmers beteiligt sind, sind durch den Auftragnehmer oder den Fahrer unverzüglich der Polizei und dem Auftraggeber zu melden.

11. Haftung

11.1 Auftragnehmer

Der Auftragnehmer haftet für alle Schäden, die er oder seine Beschäftigten oder die von ihm eingesetzten Subunternehmer im Zusammenhang mit der Ausführung der Dienstleistung schuldhaft (d.h. vorsätzlich oder fahrlässig) verursachen.

Der Auftraggeber ist berechtigt, hieraus entstehende Forderungen durch einfache Erklärung nach § 387 BGB gegen Forderungen des Auftragnehmers aufzurechnen.

11.2 Zession

Die Abtretung von Forderungen des Auftragnehmers gegen den Auftraggeber an Dritte ist ohne Genehmigung des Auftraggebers ausgeschlossen.

11.3 Rechtsstreitigkeiten

Auf dieses Vertragsverhältnis sowie auf Ansprüche, die aus diesem Vertragsverhältnis erwachsen, ist ausschließlich deutsches Recht anzuwenden. Gerichtsstand und Erfüllungsort ist Bochum, soweit gesetzlich zulässig.

12. Kalkulation

12.1 Preise

Die angebotenen Preise sind Festpreise für den Vertragszeitraum und beinhalten alle mit der Ausführung der Dienstleistung verbundenen Kosten.

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die Beförderungsleistungen entsprechend sicherzustellen sofern die Änderung nicht mehr als 20 % der vom Auftraggeber ursprünglich ausgeschriebenen Schülerzahl und/oder Tageskilometerleistung beträgt, ohne dass eine Preisänderung stattfindet.

12.2 Rechnungsstellung

12.2.1 Der Auftragnehmer hat die Rechnung bis zum Ende des jeweiligen Folgemonats an die folgende Anschrift zu übersenden:

**Stadt Bochum
Schulverwaltungsamt
44777 Bochum**

Die Rechnungen sind getrennt nach der jeweiligen Schule und in einfacher Ausfertigung zu übersenden.

- 12.2.2 Die Kosten der Schülerbeförderung werden monatlich nachträglich abgerechnet, soweit nichts anderes vereinbart, ist für jeden Monat eine prüfbare Rechnung (Angabe der Schule, für die die Beförderung durchgeführt wurde, so wie das Fahrtziel, Angabe der Fahrtage, die Fahrtenzahl und des Fahrpreises) einzureichen. Die Fahrten eines Monats sind in chronologischer Reihenfolge, d. h. nach Tagesdaten aufzuführen und jeweils mit dem im Angebot angegebenen Nettopreis zu versehen. Es werden nur solche Fahrten vergütet, deren Durchführung der Schulleiter bestätigt hat.
- 12.2.3 Im Hinblick darauf, dass die Schülerbeförderung ein absolutes Fixgeschäft darstellt, werden dem Auftragnehmer ausgefallene Fahrten nicht vergütet, wenn er den Ausfall selbst zu vertreten hat (Minderung). Sollte der Auftragnehmer geltend machen, dass er den Ausfall nicht zu vertreten hat, so trägt er für diesen Umstand die Darlegungs- und Beweislast. Die Kürzung der Vergütung erfolgt im Rahmen der unter 12.2.2 dargestellten Rechnungsprüfung. Eine gesonderte Erklärung des Auftraggebers bedarf es hierfür nicht.
- 12.2.4 Der Auftraggeber hat das Recht, bei unvollständig oder unzulässig ausgeführten Leistungen angemessene Abschläge von der für die Leistung vereinbarten Vergütung vorzunehmen, auch wenn diese, weil sie bei der Begleichung der Rechnung noch nicht erkennbar waren, erst später festgestellt wurden. Weitergehende Ansprüche des Auftraggebers insbesondere auf Selbstvornahme, Schadens- und Aufwendungsersatz nach den Regelungen des BGB sowie das Recht des Auftraggebers zur außerordentlichen Kündigung bleiben unberührt.

13. Schlussbestimmungen

13.1 Salvatorische Klausel

- 13.1.1 Dieser Vertrag bleibt auch dann gültig, wenn einzelne Bestimmungen sich als ungültig erweisen sollten. Die betreffende Bestimmung ist dann so auszulegen, dass die mit ihr ursprünglich angestrebten wirtschaftlichen und rechtlichen Zwecke soweit wie möglich erreicht werden.
- 13.1.2 Ändern sich die maßgeblichen gesetzlichen Bestimmungen und ist deshalb eine Änderung des Vertrages notwendig oder zweckmäßig, sind beide Vertragspartner verpflichtet, notwendige Vertragsanpassungsverhandlungen zu führen.
- 13.1.2 Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform. Keine Partei kann sich auf eine vom Vertrag abweichende tatsächliche Änderung berufen, solange die Abweichung nicht schriftlich fixiert ist.

13.2 Sonstiges

Mögliche Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers sind ausgeschlossen und finden keine Anwendung.

Als Gerichtstand wird Bochum vereinbart.